



Anfrage Budmiger Marcel und Mit. über die Verhinderung von Leerständen bei Wohnungsnot

eröffnet am 19. September 2022

Gemäss der LUSTAT Statistik Luzern beträgt die Leerwohnungsziffer nur noch 0,91 Prozent. Insbesondere bei Familienwohnungen mit vier oder mehr Zimmern herrscht ein grosser Mangel. Am Stichtag waren im Raum Sursee/Sempachersee nur gerade 36 Mietwohnungen frei. Der Markt bietet vor allem zu kleine und zu teure Wohnungen an.

Gleichzeitig werden als Folge des Angriffskriegs auf die Ukraine mehr Kapazitäten zur Unterbringung von Menschen auf der Flucht benötigt. Dadurch steigt der Bedarf an kostengünstigem, für Familien geeignetem Wohnraum. Die Gemeinden müssen teilweise hohe Ersatzabgaben bezahlen, weil gerade dieser Wohnraum fehlt.

Trotz des ausgewiesenen Mangels entscheiden sich Hauseigentümer, ihre Immobilien leer stehen zu lassen. Dies aus Renditegründen oder um Gebäude verlottern zu lassen und damit einen Neubau zu ermöglichen.

Angesicht dieser stossenden Entwicklung wird der Regierungsrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Gemäss Artikel 41 Unterabsatz 1e der Schweizerischen Bundesverfassung setzen sich Bund und Kantone dafür ein, dass Wohnungssuchende für sich und ihre Familie eine angemessene Wohnung zu tragbaren Bedingungen finden. Inwiefern ist der Kanton Luzern in dieser Legislatur seiner Verantwortung nachgekommen?
2. Welche Massnahmen ergreift der Regierungsrat gegen die grassierende Wohnungsnot?
3. Die Wohnungsnot wird von den Gemeinden auf unterschiedliche Weise angegangen. Wo sieht der Regierungsrat Möglichkeiten, die Gemeinden zu einer aktiveren Wohnpolitik zu bewegen beziehungsweise insbesondere die Zentrumsgemeinden in ihren Bemühungen gegen die Wohnungsnot zu unterstützen? Braucht es hierfür gesetzliche Anpassungen beispielsweise im Planungsrecht?
4. Mit welchen Massnahmen können der Kanton und die Gemeinden sicherstellen, dass wieder genügend Wohnraum für Familien gebaut wird?
5. Trotz Wohnungsnot und mangelnden Plätzen zur Unterbringung von Personen aus dem Asylbereich liest man in den Medien von zahlreichen Beispielen mehrjähriger Leerstände. Wie stellt sich der Regierungsrat zu diesen profitorientierten Leerständen in Zeiten der Wohnungsnot?
6. Welche Mittel haben der Kanton und die Gemeinden, um solche Leerstände zu verhindern? Mit welchen Massnahmen könnten solche Leerstände reduziert werden?
7. Ab welcher Leerstandsdauer wäre in den Augen des Regierungsrats ein Rückfall an die Gemeinde angebracht?

Budmiger Marcel
Roth David
Ledergerber Michael
Sager Stephanie
Brunner Simone

Meyer Jörg
Fanaj Ylfete
Setz Isenegger Melanie
Schuler Josef
Engler Pia
Schwegler-Thürig Isabella
Candan Hasan
Lehmann Meta
Fässler Peter
Muff Sara
Schneider Andy